

Sehr geehrter Herr Kollege Landtagspräsident Joachim Mertes,

Sehr geehrte Kollegen aus dem Landtag aus Rheinland-Pfalz und der luxemburgischen Abgeordnetenkommission,

Sehr geehrte Ehrengäste,

Sehr geehrte Studenten aus Deutschland und Luxemburg,

Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es ist für mich nicht nur eine Freude, sondern auch eine große Ehre, heute hier das Wort zu ergreifen. Vorab möchte ich mich bei all denen bedanken, die dazu beigetragen haben, diesen wichtigen Tag zu organisieren. Und ich sage besonders auch meinem Freund Joachim Mertes ein herzliches Dankeschön, dass er spontan bereit war, diesen symbolischen Tag zusammen mit uns zu gestalten und gemeinsam mit uns zu verbringen. Ich danke an dieser Stelle auch dem Historiker Paul Dostert und meinen Mitarbeitern aus dem Parlament für ihre wertvolle Hilfe.

„Wer die Vergangenheit nicht ehrt, verliert die Zukunft. Wer seine Wurzeln vernichtet, kann nicht wachsen“. Diese Lebensweisheit des österreichischen Künstler Friedensreich Hundertwasser kann uns zum Nachdenken anregen.

Vor zwei Tagen, am 8. Mai hat die Luxemburger Regierung in einer nationalen Gedenkfeier den 65. Jahrestag des Kriegsendes in Europa begangen. Heute, am 10. Mai jährt sich zum 70. Mal der deutsche Überfall auf Luxemburg. Die Gedenktage häufen sich und manchmal fragt man sich, ob Gedenken auch heute noch sinnvoll und wichtig ist. Ich möchte diese Frage eindeutig bejahen, denn nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Chance daraus zu lernen.

Lassen Sie mich dies am Beispiel meines Heimatlandes, Luxemburg, erläutern.

Der Zweite Weltkrieg spielt in der neueren Geschichte Luxemburgs eine zentrale Rolle, denn er stellt für das Land den Höhepunkt und auch den Abschluss der

Nationwerdung dar. Die deutsche Besatzungspolitik stellte die Luxemburger vor die existentielle Frage für oder gegen einen Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland und damit für oder gegen ein unabhängiges Luxemburg.

Nie vorher waren Luxemburger bereit gewesen, sich gegen den Besatzer aufzulehnen und ihr Leben für die Unabhängigkeit des Landes und ihre Freiheit aufs Spiel zu setzen. Im solidarischen Widerstand gegen den deutschen Besatzer festigte sich das patriotische Nationalgefühl zur unumstößlichen Gewissheit, dass Luxemburgs Unabhängigkeit am Ende des Krieges von niemandem mehr in Frage gestellt werden könnte, wenn die Luxemburger sie nicht selbst aufgaben.

Die Bilanz, die wir heute ziehen können, spricht eine eindeutige Sprache:

Insgesamt wurden in Luxemburg rund 5.700 Tote beklagt. Dies sind 1,9% der damaligen Gesamtbevölkerung. Luxemburg weist somit in Westeuropa eine der höchsten Verlustquoten an Menschenleben auf. Kaum eine Familie war in diesen viereinhalb Jahren nicht direkt oder indirekt vom Krieg oder der deutschen Besatzungspolitik betroffen gewesen und so ist das „nationale Gedächtnis“ bis auf den heutigen Tag nachhaltig davon geprägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Lassen Sie mich kurz über den historischen Ort reden an dem wir heute versammelt sind. Die ersten Luxemburger, die nach Hinzert verbracht wurden, waren 14 junge Leute aus Huldigen und Wiltz, die am 23. Januar 1941 den Luxemburger Nationalfeiertag (Geburtstag der Großherzogin) gefeiert hatten. Denunziert und von der Gestapo in Diekirch verprügelt, landeten sie am 25. Januar 1941 in Hinzert. Drei Wochen später wurden sie überraschend wieder entlassen.

Ab dem Sommer 1941 brachte die Gestapo dann die ersten „politischen“ Häftlinge aus Luxemburg nach Hinzert.

Am 25. Oktober 1941 verstarb hier der erste Luxemburger.

Als im September 1942 ein eiligst eingesetztes Standgericht 20 Streikende zum Tode verurteilte, wurden diese im Wald bei Hinzert von Wachmannschaften des Lagers erschossen. Der Streik war der Protest gegen die zwangsweise Einführung der Wehrpflicht für die Jahrgänge 1920 bis 1924 gewesen. Wahllos festgenommene protestierende Bürger, die zum größten Teil noch nicht einmal im Widerstand aktiv gewesen waren, wurden so Opfer eines Regimes, das mit terroristischen Maßnahmen jeden Protest im Keime erstickte. Weitere Razzien Ende 1942 brachten erneut schubweise Häftlinge aus Luxemburg nach Hinzert.

Als immer mehr Jugendliche sich der aufgezwungenen Wehrpflicht entzogen, übernahm die Gestapo die Fahndung nach ihnen und ihren Helfern. Ende 1943 waren etwa hundert Anführer der Resistenz in Hinzert zusammengebracht worden. Am 25. Februar 1944 wurden dann 23 Luxemburger im Wald bei Hinzert erschossen. Bei der Befreiung wurden 82 Luxemburger gezählt, die in Hinzert hingerichtet wurden oder an den unmenschlichen Haftbedingungen verstorben waren.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Richtige Gedenkstätten sind auf Luxemburger Boden kaum zu finden, sieht man vom Gefängnis in der Stadt Luxemburg und dem so genannte „jüdischen Altersheim“ im Kloster Fünfbrunnen ab. Dies ist ein weiterer Grund weshalb die Gedenkstätte in Hinzert für Luxemburg eine besondere Bedeutung hat. Nicht nur weil sie nahe an der luxemburgischen Grenze liegt. 1.587 Luxemburger sind bis zur Befreiung des Landes im September 1944 durch die Hölle von Hinzert gegangen. Hinzert war damit das Lager, in welchem die meisten Luxemburger eingesperrt waren.

Mit Hilfe von Holzresten der Baracken des Lagers wurde nach dem Krieg ein Kreuz angefertigt. Das „Hinzerter Kreuz“ auf dem Friedhof in Limpertsberg (Luxemburg) gilt heute als das „Nationale Monument des Widerstandes und der Deportierung“.

Gedenkstätten wie diese, sowie die vielen Soldatenfriedhöfe müssen uns zum Nachdenken bewegen.

Premierminister Jean-Claude Juncker hat im Sommer 2005 Worte gesagt, die auch heute ihre Bedeutung nicht eingebüßt haben:

"Wer zweifelt, wer auch an Europa verzweifelt - wer täte das nicht in diesen Tagen? - , der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen. Dort kann man sehen, wozu das Nicht-Europa, das Gegeneinander der Völker, das nicht miteinander wollen, das nicht miteinander können, führen muss. Und deshalb sind Soldatenfriedhöfe (...) überall in Europa, permanente Zeugnisse dafür, dass es eine heilige Pflicht bleibt, die europäische Freundschaft nicht enden zu lassen, sondern sie trotz aller Irrungen und Wirrungen, trotz aller Zwänge, trotz aller Probleme, trotz aller Schwächemomente und trotz aller Zweifel und manchmal Verzweiflung unbeirrt weiterzuführen. Wer hier steht, begreift Europa besser." (Ende des Zitats)

Wer sich mit dem Leiden der Häftlinge hier in Hinzert befasst, dem ist nachher klar, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und Toleranz großartige Errungenschaften der Menschheit sind für deren Verteidigung es sich immer lohnt einzutreten. Europa bietet eine einmalige Chance in Frieden zusammen zu leben. Wer mit Zeitzeugen reden konnte, erfuhr von ihnen, dass die Solidarität eine lebenserhaltende Erfahrung für viele bedeutete.

Seit 65 Jahren herrscht Frieden in unseren Ländern. Frieden ist mehr als nur das Schweigen der Waffen. Diejenigen, die in diesem Krieg gelitten hatten, als KZ-Häftlinge, als rassistisch Verfolgte, als Zwangsrekrutierte, als Kämpfer für Freiheit und

Unabhängigkeit, sie alle haben den Frieden nach 1945 errichtet, sie haben die zerstörten Dörfer und Städte aufgebaut, sie haben die zerrissenen Familien versöhnt, sie haben zum Teil sogar verziehen, aber sie würden nicht verstehen wenn wir heute vergessen würden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie sieht die Welt heute aus? Unter dem Begriff Extremismus versteht der Politikwissenschaftler Lars Flemming „jene politischen Kräfte, deren Aktivitäten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind und die das demokratische System durch eine Diktatur ersetzen wollen“. Gibt es solche Kräfte auch heute noch?

Ich würde heute gerne hier stehen und behaupten, dass die Welt des 21. Jahrhunderts keinen Antisemitismus, keinen Hass, keine Intoleranz, keine Diskriminierung mehr kennt und dass die politische Realität jeglichen Extremismus verbannt hätte.

Dies ist aber bedauerlicherweise nicht der Fall. Es gibt auch heute noch verschiedene Formen von Extremismus: der Rechtsextremismus, der Linksextremismus und der religiöse oder politisch-ideologische Fundamentalismus.

Dies soll ein Warnsignal sein, das man wahrnehmen muss und nicht unterschätzen sollte. Denn jede Form von Extremismus bedeutet eine Gefahr für unsere demokratischen Systeme. Das Handeln jener politischen Kräfte ist ganz klar gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet. Es stört unweigerlich das friedliche Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft und hat trotz allen Unterschieden und bei der Verschiedenheit ihrer politischen Grundeinstellungen etwas Gemeinsam, nämlich die Ablehnung der Demokratie.

Um diese extremistischen Tendenzen zu neutralisieren müssen wir diesem Nährboden extremistischer Gesinnung jede Überlebensgrundlage entziehen, in dem wir ein zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und vor allem für Toleranz und Respekt unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wir brauchen heute mehr denn je das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Europa. Und jeder hier in diesem Raum kann durch sein kleines Handeln, Großes bewirken.

In der heutigen Welt ist Toleranz wichtiger als je zuvor. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang kurze Ausschnitte aus der „Erklärung von Prinzipien der Toleranz“, welche 1995 von den Mitgliedstaaten der UNESCO verabschiedet wurde, in Erinnerung zu bringen:

„Toleranz bedeutet Respekt, Akzeptanz und Anerkennung der Kulturen unserer Welt, unserer Ausdrucksformen und Gestaltungsweisen unseres Menschseins in all ihrem Reichtum und ihrer Vielfalt. Gefördert wird sie durch Wissen, Offenheit, Kommunikation und durch Freiheit des Denkens, der Gewissensentscheidung und des Glaubens. Toleranz ist nicht nur moralische Verpflichtung, sondern auch eine politische und rechtliche Notwendigkeit. Toleranz ist eine Tugend, die den Frieden ermöglicht, und trägt dazu bei, den Kult des Krieges durch eine Kultur des Friedens zu überwinden.

Toleranz ist nicht gleichbedeutend mit Nachgeben, Herablassung oder Nachsicht. Toleranz ist vor allem eine aktive Einstellung, die sich stützt auf die Anerkennung der allgemein gültigen Menschenrechte und Grundfreiheiten anderer.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die heutige Gesellschaft steht vor sehr großen Herausforderungen auf wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ebene. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Gefahr des Sozialabbaus bieten leider zusammen mit der Perspektivlosigkeit der Jugend und der Angst vor Arbeitslosigkeit, bestmögliche Voraussetzungen für neue extremistische Tendenzen. Es sei daran erinnert, dass sowohl das nationalsozialistische Regime in Deutschland als auch die russische Revolution ihre Wurzeln in einer sozial prekären Situation eines Großteils der Bevölkerung gefunden haben.

Wir sollten auch in unserem alltäglichen Leben dem oft zerstörerischen Egoismus, die gelebte Solidarität entgegen setzen. Solidarität ist nicht umsonst zu haben, bedeutet Verzicht für mich, vielleicht aber Überleben für mein Gegenüber. Solidarität heißt, den Anderen anzuerkennen, nicht auf seine Kosten meinen Wohlstand allein zu verteidigen. Mit Fremdenfeindlichkeit, mit Rassismus und Antisemitismus lässt sich eine gerechte, bessere Gesellschaft weder aufbauen, noch weiterentwickeln. Dies gilt im individuellen Leben ebenso wie auch im Zusammenleben der Völker. Auch Europa braucht die Solidarität seiner Bürger und seiner Mitgliedsstaaten. Aus dieser Perspektive glaube ich, kann es keine Frage sein, dass z.B. Griechenland geholfen werden muss, nicht bedingungslos, aber diskussionslos. Wer weiß wann wir die Solidarität der anderen brauchen?

Die Situation in Griechenland hat sich rezent zugespitzt, unschuldige Menschen haben ihr Leben verloren. Wir müssen alles unternehmen um solche dramatische Situationen zu vermeiden. Es gilt jetzt in Europa, in Deutschland, in Luxemburg, die notwendigen Strukturreformen in die Wege zu leiten, damit wir nicht später tiefe Einschnitte in die soziale Absicherung unserer Mitbürger vornehmen müssen.

„Wenn man möchte, dass alles so bleibt, wie es ist, muss sich alles ändern“. Dieses Zitat von Lampedusa passt mehr denn je auf die heutige Situation.

Allerdings möchte ich betonen, dass in der Welt und in Europa nicht das Geld und die Banken das Sagen haben können, sondern die Bürger, ihre gewählten Volksvertreter sowie die von ihnen ernannten Regierungen. Wir müssen wieder auf den Weg des Primats der Politik zurückfinden. In dieser schwierigen Zeit muss die Politik ihre volle Verantwortung übernehmen. Nur so können schmerzhaft Maßnahmen von den Menschen akzeptiert werden. Nur so funktioniert die Demokratie. Eine gesunde Wirtschaft, soziale Absicherung, eine geringe Spannweite zwischen Arm und Reich sind die besten Voraussetzungen um extremistischen Tendenzen entgegen zu wirken und ihnen jeden Nährboden zu verwehren.

Wir müssen heute die Zukunft von morgen vorbereiten und gestalten. Im Krieg hat sich die nationale Solidarität bewährt. In Krisenzeiten sollte sie das auch tun.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte vor einigen Tagen, dass Europa an einem Wendepunkt angekommen sei, und dass die nächsten Wochen und Monate richtungsweisend wären für seine und die Zukunft seiner Bürger.

Ich teile diese Ansicht. Und wenn die Politik in den nächsten Wochen und Monaten die Richtung bestimmen muss, so soll niemand aus den Augen verlieren zu welchen dramatischen Konsequenzen, Fehlentscheidungen in der Vergangenheit geführt haben. Um heute das Richtige zu tun, sollte man zuerst versuchen die Geschichte zu verstehen und Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Und nicht nur, aber auch deswegen, sind Gedenktage wie dieser von ganz besonderer Bedeutung.

Ich danke Ihnen allen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und ganz besonders auch für Ihre Präsenz.